

**Jahresabschluss für das Haushaltsjahr
2007
(Drucksache 147/2008)**

**Beteiligungsberichte
des
Landkreises Bad Dürkheim**

Beteiligungsberichte gemäß § 90 Abs. 2 GemO

Gemäß § 57 LKO i.V.m. § 90 Abs. 2 GemO ist der Landkreis verpflichtet, dem Kreistag mit dem geprüften Jahresabschluss einen Bericht über die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen er mindestens mit 5 v.H. beteiligt ist, vorzulegen. Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben enthalten über:

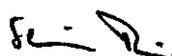
- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe sowie
- das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das Unternehmen. Danach darf der Landkreis wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn
 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

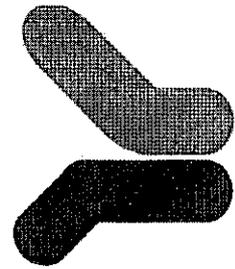
Der Landkreis ist wie folgt an wirtschaftlichen Unternehmen mit mehr als 5 % in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligt:

Unternehmen	Stand 31.12.2007	Anteil am Stammkapital
GML	51.200,00 EUR	6,25 %
Rhein-Haardtbahn GmbH	207.737,89 EUR	12,50 %
Staatsbad Bad Dürkheim GmbH	1.227.240,00 EUR	24,49 %
HDW Bockenheim	6.391,15 EUR	25,00 %

Auch für nichtwirtschaftliche Einrichtungen ist ein Beteiligungsbericht erforderlich, er muss jedoch keine Ausführungen zum Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO enthalten. Der Beschlussvorlage ist deshalb auch ein Beteiligungsbericht hinsichtlich des Kreiskrankenhauses Grünstadt, des Abfallwirtschaftsbetriebes und der Beteiligung des Landkreises an der Bauhilfe Haßloch beigefügt.

Bad Dürkheim, den 20.10.2008


Sabine Röhl
Landrätin



GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH

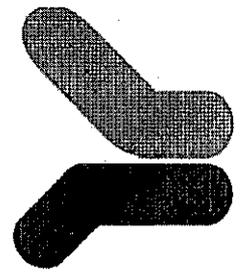
Verwaltungsgebäude: Bürgermeister-Grünzweig-Str. 87
67059 LudwigshafenPostfach 21 04 59
67004 LudwigshafenTelefon: 06 21 / 5 05 - 40 00
Fax: 06 21 / 5 05 - 49 90

Email: info@gml.frm.de

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

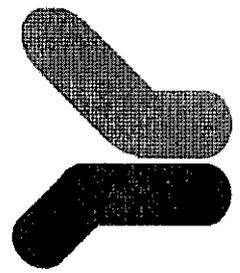
Teil I - für alle Unternehmen und Einrichtungen -

Name des Unternehmens	GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, Ludwigshafen	
Rechtsform	<input type="checkbox"/>	öffentlich-rechtlich
	<input checked="" type="checkbox"/>	privatrechtlich - GmbH
Gegründet	1985	
Der Gesellschaftsvertrag datiert vom	18.07.2003	
Wirtschaftsjahr ist	01.01.2007 – 31.12.2007	
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2006	819.200,00 EUR	
Veränderung im Berichtsjahr	0,00 EUR	
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Sind nach § 2 des Gesellschaftsvertrages die Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen, die Abgabe des bei der Verbrennung erzeugten Dampfes in unverarbeitetem Zustand an die Technischen Werke Ludwigshafen AG zur Verteilung oder zur Erzeugung von Wärme und Strom.	
	Gegenstand des Unternehmens ist	
	<input type="checkbox"/>	eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 1 GemO
	<input checked="" type="checkbox"/>	Eine nicht-wirtschaftliche Betätigung Gem. § 85 Abs. 3 GemO

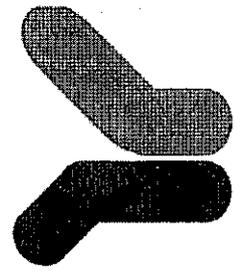


Teil II
- nur für Unternehmen in privater Rechtsform -

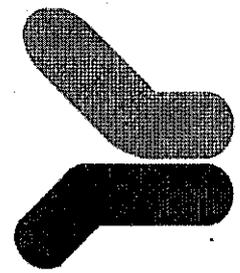
Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)																			
	<u>Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:</u>																		
	<table><tr><td>- die Stadt Worms mit</td><td style="text-align: right;">6,25 %</td></tr><tr><td>- die Stadt Ludwigshafen mit</td><td style="text-align: right;">55,63 %</td></tr><tr><td>- die Stadt Speyer mit</td><td style="text-align: right;">6,25 %</td></tr><tr><td>- die Stadt Frankenthal mit</td><td style="text-align: right;">6,25 %</td></tr><tr><td>- die Stadt Neustadt/Weinstraße mit</td><td style="text-align: right;">6,25 %</td></tr><tr><td>- der Landkreis Bad Dürkheim mit</td><td style="text-align: right;">6,25 %</td></tr><tr><td>- der Rhein-Pfalz-Kreis mit</td><td style="text-align: right;">6,25 %</td></tr><tr><td>- der Landkreis Alzey-Worms mit</td><td style="text-align: right;">6,25 %</td></tr><tr><td>- die Stadt Mannheim mit</td><td style="text-align: right;">0,62 %</td></tr></table>	- die Stadt Worms mit	6,25 %	- die Stadt Ludwigshafen mit	55,63 %	- die Stadt Speyer mit	6,25 %	- die Stadt Frankenthal mit	6,25 %	- die Stadt Neustadt/Weinstraße mit	6,25 %	- der Landkreis Bad Dürkheim mit	6,25 %	- der Rhein-Pfalz-Kreis mit	6,25 %	- der Landkreis Alzey-Worms mit	6,25 %	- die Stadt Mannheim mit	0,62 %
- die Stadt Worms mit	6,25 %																		
- die Stadt Ludwigshafen mit	55,63 %																		
- die Stadt Speyer mit	6,25 %																		
- die Stadt Frankenthal mit	6,25 %																		
- die Stadt Neustadt/Weinstraße mit	6,25 %																		
- der Landkreis Bad Dürkheim mit	6,25 %																		
- der Rhein-Pfalz-Kreis mit	6,25 %																		
- der Landkreis Alzey-Worms mit	6,25 %																		
- die Stadt Mannheim mit	0,62 %																		
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz Nr. 1 GemO)	<u>Für die Gemeinde gehören an:</u>																		
Der Gesellschafterversammlung:	<i>Landrätin Sabine Röhl</i>																		
Dem Aufsichtsrat:	<i>1. Kreisbeigeordneter Erhard Freunsch</i>																		
	<u>Der Geschäftsführung gehören an:</u> <i>Dr. Wolf-Günther Druckenbrodt (Geschäftsführer)</i> <i>Kalev Rainer Kasak (Prokurist)</i>																		
Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO)	<u>Das Unternehmen ist beteiligt an:</u> ▪ mit % ▪ mit % ▪ mit % Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr: <input checked="" type="checkbox"/> nicht verändert <input type="checkbox"/> wie folgt verändert																		
Wichtige Verträge (z.B. Konzessionsvertrag)	keine																		
Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben	Sicherstellung des Entsorgungsauftrages für die angedienten Müllmengen.																		



Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Kennzahl	
1. Ertragslage		
a) Rentabilität		
▪ Eigenkapitalrentabilität	(Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	11,2 %
▪ Gesamtkapitalrentabilität	((Jahresergebnis + Fremdkapitalzinsen) x 100) : Gesamtkapital	5,5 %
b) Umsatz pro ...		
▪ Mitarbeiter (15)	Umsatz : Anzahl der Mitarbeiter	1.819,5 T€
▪ Anschlussnehmer	Umsatz : Anzahl der Anschlussnehmer	-
▪ Einwohner (ca. 800.000)	Umsatz : Anzahl der Einwohner	31,8 €
▪ Cash-Flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen auf Anlagen + Pensionsrückstellung	6.104 T€
2. Vermögensaufbau		
▪ Anlagenintensität	(Anlagenvermögen x 100) : Gesamtvermögen	86,7 %
▪ Intensität des Umlaufvermögens	(Umlaufvermögen x 100) : Gesamtvermögen	13,2 %
3. Anlagenfinanzierung		
▪ Anlagendeckung I	(Eigenkapital x 100) : Anlagenvermögen	29,8 %
▪ Anlagendeckung II	((Eigenkapital + langfr. Fremdkapital) x 100) : Anlagevermögen	86,9 %
4. Kapitalausstattung		
▪ Eigenkapitalquote	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	25,9 %
▪ Fremdkapitalquote	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	58,5 %
5. Liquidität		
▪ Liquiditätsgrad III	(Umlaufvermögen incl. Vorräte x 100) : mittel- und kurzfristiges Fremdkapital	22,41 %



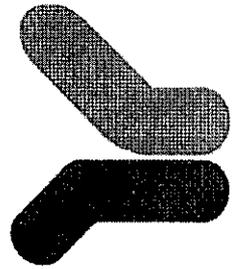
Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz Nr. 3 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	Das Unternehmen ist finanziell solide und für die künftigen Anforderungen bis auf weiteres gerüstet.
	<input type="checkbox"/>	Das Unternehmen benötigt, um auch künftig den Anforderungen gewachsen zu sein, (weitere) Kooperationspartner.
	<input type="checkbox"/>	Das Unternehmen benötigt für die erforderlichen Investitionen / zur dauerhaften Sicherung eine Eigenkapitalquote von > 30 %.
	<input type="checkbox"/>	Das Unternehmen benötigt auf Dauer einen Zuschuss der Gemeinde in Höhe von = EUR.
	<input type="checkbox"/>	Der Kostendeckungsgrad betrug im Berichtszeitraum %; er ist mittelfristig zur Sicherung des Unternehmens auf % anzuheben.
	<input type="checkbox"/>	Eine Veränderung der seit geltende Gebühren/Preise um % zum ist erforderlich.
	<input type="checkbox"/>	Die gewünschte Ausdehnung des Leistungsangebotes des Unternehmens erfordert zusätzliches Eigenkapital in Höhe von EUR.
Kapitalzuführungen / -entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<input type="checkbox"/>	nicht erfolgt
	<input checked="" type="checkbox"/>	Kapital in Höhe von 987.256,23 EUR wurde zugeführt.
	<input type="checkbox"/>	Kapital in Höhe von EUR wurde entnommen.



Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<u>Kapitalzuführungen/ -entnahmen der letzten 3 Jahre:</u>
	In die freien Rücklagen
	<u>Gewinnabführungen der letzten 3 Jahre:</u> lt. Satzung und entsprechendem Gewinnverwendungsbeschluss
	<u>Vom Unternehmen gezahlte Steuer an die Stadt in den letzten 3 Jahren:</u>
	Gewerbsteuer 2005 Gewerbsteuer 2006 Gewerbsteuer 2007
	<u>Vom Unternehmen gezahlte Konzessionsabgaben an die Stadt in den letzten 3 Jahren:</u>

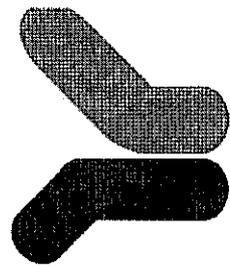
Laufende Gesamtabzüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<input type="checkbox"/>	Vorstand / Geschäftsführung / Werkleitung
	<input checked="" type="checkbox"/>	Aufsichtsrat 7.220,00 EUR

Personalentwicklung (durchschnittl. Zahl des Personals für das Berichtsjahr und das Vorjahr nach Gruppe d. h. Arbeiter, Angestellte...)	14 nur Angestellte
--	---------------------------



Teil III
- für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts -

Vorliegen der Voraussetzung des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen: „Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn		Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1: Hierzu sind unter dem Stichwort „Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ die notwendigen Angaben erfolgt, zu § 85 Abs. 1 Nr. 2: Hierzu sind unter dem Stichwort „Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft“ die notwendigen Angaben erfolgt, zu § 85 Abs. 1 Nr. 3:
1.	Der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt.	
2.	Das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und	<input checked="" type="checkbox"/> Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern. <input type="checkbox"/> Im Berichtsjahr wurden alternative Arten der Ausgaben Erfüllung (für die Teilaufgabe X) geprüft. Die Ergebnisse wurden am im Aufsichtsrat (sowie am im Ausschuss/Stadtrat beraten).
3.	Der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann."	<ul style="list-style-type: none">▪ Für die Aufgabe wurde ein privates Angebot als besser und wirtschaftlicher bewertet. Ein entsprechender Vertragsabschluss ist zum vorgesehen. ▪ Das vom Privaten unterbreitete Angebot wurde gegenüber der bisherigen Aufgabenerfüllung als nicht gleichwertig erachtet. Von dem privaten Angebot wurde Abstand genommen.



L A G E B E R I C H T

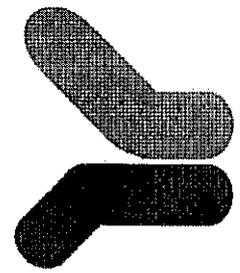
der GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH
für das Geschäftsjahr 2007

1. Allgemeine Branchensituation

Aufgrund der Erweiterung und des Zubaus von Anlagen sowie der wieder verstärkt vorgenommenen Differenzierung von Entsorgungswegen für unterschiedliche Stoffströme hat sich für die Entsorgung von Abfällen ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage ergeben. Dies hat einen dämpfenden Einfluss auf das Preisniveau.

Inzwischen wird in der Bevölkerung immer bewusster, welchen wichtigen Beitrag die thermische Nutzung von Abfällen für eine ökologische Energiewirtschaft leistet. Während in der Vergangenheit bei der Entsorgung der Abfälle als kommunale Aufgabe seuchenhygienische und gesundheitliche Aspekte ausschlaggebende Faktoren waren, traten im Laufe der Zeit immer mehr Anforderungen an eine moderne Abfallentsorgung hinzu. Diese bezogen sich zuerst auf die Aussortierung oder getrennte Erfassung von Materialien aus Abfällen zur Schonung von Ressourcen und auf die Ausnutzung des Abfalls als Rohstoffquelle. Die gegenwärtige Klimadiskussion macht deutlich, dass Abfall zusätzlich eine äußerst wichtige Funktion als ökologischer Energielieferant übernimmt. Der in der Restmülltonne anfallende Müll enthält in der Regel bis zu 60 % regenerative, brennbare Stoffe.

Deshalb wird in den industrialisierten Staaten auch keine ernsthafte Diskussion mehr um die Sinnhaftigkeit der thermischen Verwertung von Abfällen geführt, sondern ein verstärktes Augenmerk darauf gerichtet, dass die bei der Verbrennung freigesetzte Energie sinnvoll genutzt wird. Die gewonnene Energie leistet einen wirtschaftlichen Beitrag zur Finanzierung von Anlagen. Die Entsorgungswirtschaft nutzt diesen Zusammenhang für den Bau sog. EBS-Anlagen. Diese Art von Müllverbrennungsanlagen setzen höher kalorische Abfälle, in der Regel aus dem gewerblichen Bereich, als Brennstoff ein. Sie sind mit einem Industriebetrieb gekoppelt, der einen hohen Energiebedarf hat.



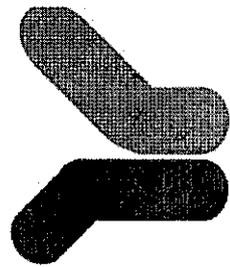
Durch eine solche Symbiose lassen sich kostengünstige Konzepte sowohl für eine Entsorgung von Gewerbeabfällen als auch für eine Versorgung von Industriebetrieben mit Energie umsetzen. Die große Zahl der geplanten Projekte, die wohl nicht alle realisiert werden, lassen vermuten, dass gewerbliche Abfälle im Preisniveau weiter absinken werden.

Die geplante Gesetzgebung der EU trägt der Entwicklung Rechnung und sieht vor, dass eine Verbrennung von Abfällen als Verwertung einzustufen ist, wenn die Verbrennungsanlage einen hohen Ausnutzungsgrad für die erzeugte Energie besitzt. Des Weiteren sollen die Mitgliedsstaaten Anreize schaffen, um Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu fördern. Eine ähnliche Entwicklung stellt sich auch bei den Bioabfällen ein. Hier lag in der Vergangenheit der Schwerpunkt bei der separaten Erfassung der Bioabfälle, um sie nach einer entsprechenden Behandlung der Natur als Dünger zur Verfügung zu stellen. In der Regel wurde als Behandlungsverfahren die Kompostierung eingesetzt. Durch die Förderung regenerativer Energiequellen gewinnt zunehmend die Vergärung Bedeutung für die Behandlung biologischer Materialien und Abfälle, da hierbei Biogas gewonnen wird. Biogas ist als sinnvoller regenerativer Energieträger einsetzbar. Längerfristige Planungen beinhalten deshalb den Anbau spezieller schnell wachsender Pflanzen, um sie entweder direkt einem Biomassekraftwerk oder einem Vergärungsprozess zuführen zu können.

Insgesamt ist in der Abfallwirtschaft wie in vielen anderen Bereichen eine wachsende Konzentration bei den Marktteilnehmern zu beobachten. Dies beinhaltet eine Konkurrenzsituation zwischen der privaten und der kommunalen Entsorgungswirtschaft. Um den Bürgern eine kostengünstige Dienstleistung anzubieten, erhält die interkommunale Zusammenarbeit eine zunehmende Bedeutung. So können durch die gemeinsame Nutzung unterschiedlicher Anlagenkonstellationen wertvolle Synergieeffekte geschaffen werden.

Die GML hat bei dem Müllheizkraftwerk Ludwigshafen von Anfang an großen Wert auf eine effiziente Nutzung der bei der Verbrennung freigesetzten Energie gelegt. Neben der Stromerzeugung versorgt die Anlage über den Betriebsführer, die Technischen Werke Ludwigshafen, ein Fernwärmenetz. Dieses wird weiter ausgebaut. Zusätzlich sind Prozesse in der Planung die auch im Sommer den Energieinhalt des Dampfes benötigen.

Des Weiteren befindet sich bei der GML in der Prüfung, ob über die separat erfassten Bioabfälle als Ergänzung zu der Kompostierung noch eine Vergärung sinnvoll in das Abfallwirtschaftskonzept integriert werden kann. Allerdings muss erreicht werden, dass den Gebührenzahlern hierdurch keine zusätzlichen Lasten entstehen sondern wirtschaftliche Vorteile zu generieren sind.



Des Weiteren ist die Kooperation mit einer Kläranlage in der Prüfung, ob Flüssigkeiten aus dem Biokompost in Faultürmen zur Steigerung der Biogasproduktion eingesetzt werden können.

2. Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2007 schließt für die GML mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 987.256,23 EUR ab. Das Plan- und Vorjahresergebnis wird übertroffen.

Die begrenzte Bunkerkapazität der Müllverbrennungsanlage ist nach wie vor ein Problem für die Anlage. Die vom Aufsichtsrat beschlossene Erweiterung des Müllbunkers wird nach Fertigstellung der Rauchgaslinie III aufgenommen. Mit einer Fertigstellung wird im August 2009 gerechnet, so dass nach wie vor Wartezeiten bei der Anlieferung in Kauf genommen werden müssen. Dieser Situation wird weiterhin mit umfangreichen Kooperationsverträgen und einer kostenintensiven Auslagerung in ein externes Bereitstellungslager begegnet.

Die Entsorgungspreise für die von den Städten und Gebietskörperschaften angelieferten Mengen wurden im Berichtsjahr leicht nach unten angepasst. Im Müllheizkraftwerk Ludwigshafen wurden 213.302 angelieferte Tonnen durchgesetzt. Insgesamt ist dies ein Plus gegenüber 2006 von 4,03 %. Die Erlöse der GML befinden sich mit 25.473 T€ auf einem weiterhin guten Niveau.

2.1 Müllheizkraftwerk Ludwigshafen

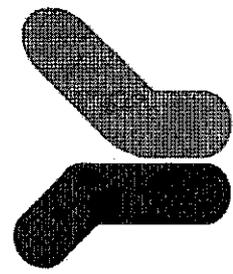
Mit einem Durchsatz von 213.302 Tonnen (ohne Berücksichtigung der rückgeführten Mengen aus dem Ballenlager) wurde ein sehr gutes Ergebnis erzielt.

Erhebliche Investitionen in die Anlagenkonfiguration wurden im Wirtschaftsjahr 2007 für die Wirtschaftsjahre 2007/2008 vorbereitet und vom Aufsichtsrat beschlossen. Dies sind zum einen die Erneuerung der Rauchgasreinigungslinie III und zum anderen die wichtige Erweiterung des bestehenden Müllbunkers. Mit diesen beiden Investitionen wird eine Steigerung der Verfügbarkeit der Anlage einhergehen, die Notwendigkeit zur Auslagerung in ein Bereitstellungslager zurückgehen und die Emission der Anlage weiter abgesenkt.

Die GML hatte frühzeitig und angemessen auf die dynamische Entwicklung innerhalb der Gebietskörperschaften reagiert und ist mit ihrer Anlagenkonfiguration hervorragend aufgestellt.

Nachdem eine Herstellung von Ballen im Freien auf einer Deponie von der rheinland-pfälzischen Behörde untersagt wurde, hat die GML bereits bestehenden Kooperationen mit anderen Müllverbrennungsanlagen, insbesondere auch mit der Anlage in Darmstadt, erheblich ausgeweitet.

Es sollen hierdurch Guthaben an Mengen geschaffen werden, die in zukünftigen Revisionszeiten für einen Ausgleich zur Verfügung stehen.



2.2 Biokompostwerk Grünstadt

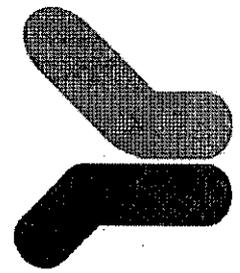
Die Anlage arbeitete in 2007 mit voller Kapazität. Aufgrund der hohen durchgesetzten Mengen wurde ein entsprechend gutes wirtschaftliches Ergebnis erzielt. Das neue System der Druckbelüftung der Mieten hat sich nach der vollständigen Umsetzung gut bewährt. Es wird ein Kompost von hoher Güte hergestellt, der sehr gefragt ist und daher gut vermarktet werden kann. Dies gilt ganz besonders für den Weinbau in der Region. Mit der Umsetzung eines neuen Lüftungskonzeptes und der Verbesserung der Belüftung in der Rottehalle hatte die im Jahre 2002 begonnene Gesamtmaßnahme „Ertüchtigung Biokompostwerk“ im Wirtschaftsjahr 2006 ihren vorläufigen Abschluss gefunden. Das Jahr 2007 machte dann noch umfangreiche Erneuerungsmaßnahmen am Dach erforderlich. Des Weiteren zeigt sich immer stärker eine extrem hohe Störanfälligkeit an dem eingesetzten komplexen Dynakomp-System. Es ist deshalb für das Jahr 2008 auch in diesem Punkt eine Verfahrensumstellung vorgesehen. Die Geruchsimmissionen des Biokompostwerkes konnten schrittweise reduziert werden. Eine Messkampagne in 2008 soll den erwarteten besseren Zustand belegen.

3. Auslastung

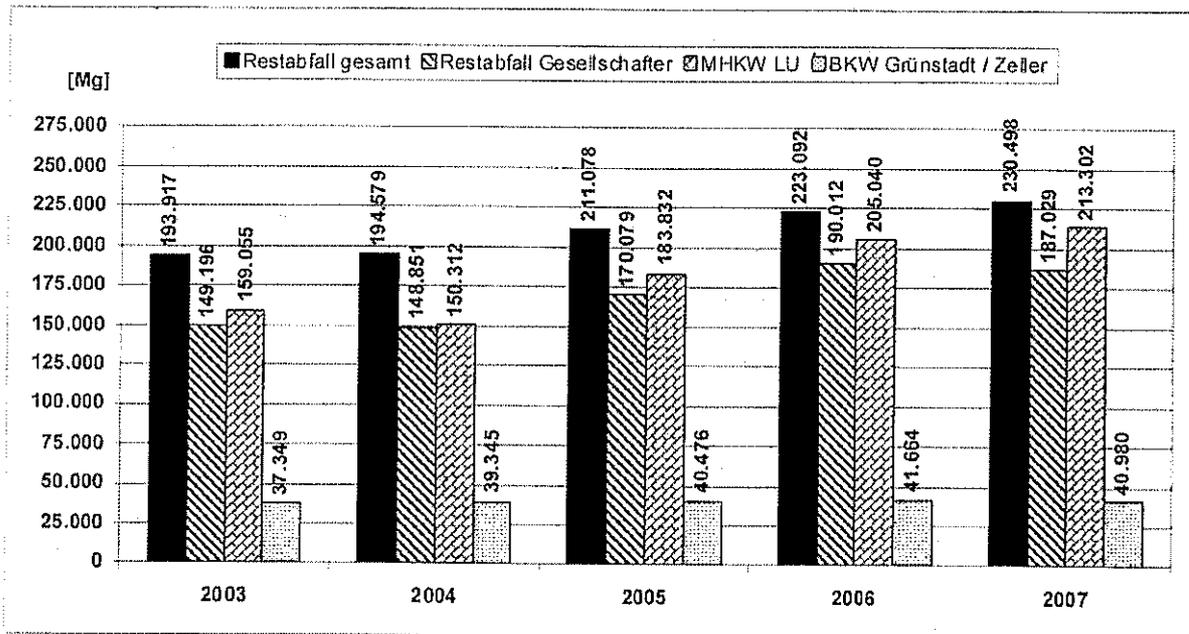
Die Auslastung des Biokompostwerkes und des Müllheizkraftwerkes kann über kommunale Mengen abgesichert werden. Das Müllheizkraftwerk Ludwigshafen konnte mit 213 TSD Tonnen bis an die Grenze der technischen Kapazität ausgelastet werden. Das Müllheizkraftwerk muss sich mit möglichst kurzen Revisionszeiten an die große Nachfrage anpassen. Der Bau einer neuen Rauchgasreinigungsanlage sowie einer Bunkererweiterung steht im unmittelbaren Zusammenhang und trägt diesem Umstand Rechnung. Die in den Rauchgasen verbleibende Fracht an umweltrelevanten Bestandteilen soll weiter reduziert werden. Die GML ist mit diesen genannten Maßnahmen auf dem richtigen Weg, der hohen Auslastung und dem sehr guten Umweltstandard der Anlagen entsprechend gerecht zu werden.

	2003	2004	2005	2006	2007
Restabfall gesamt	193.917	194.579	211.078	223.092	230.498
Restabfall Gesellschafter	149.196	148.851	170.089	190.219	187.029
MHKW LU	159.055	150.312	183.832	205.040	213.302
BKW Grünstadt / Zeller	37.349	39.345	40.476	41.664	40.980

Mit der angestrebten verbesserten Ausfallsicherheit kann einerseits den Bedürfnissen der Gesellschafter Rechnung getragen und andererseits die Emissionslage verbessert werden.

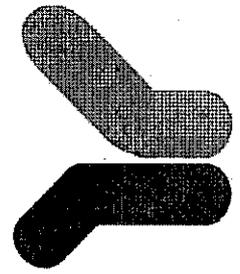


Dies spiegelt sich in der Umwelterklärung der Gesellschaft deutlich wieder, die jederzeit angefordert werden kann.



4. Analyse der Vermögens- Finanz- und Ertragslage

2007 stieg die im Entsorgungsgebiet angefallene Restabfallmenge im Vergleich zum Vorjahr um 7.406 Tonnen auf 230.498 Tonnen. Bei den Bioabfällen hat sich das Aufkommen gegenüber 2006 um 684 Tonnen auf 40.980 Tonnen verringert. Der Mengendurchsatz im Biokompostwerk / Zeller war aufgrund von Umbauarbeiten in der Rottehalle etwas geringer im Vergleich zum Vorjahr. Die Differenz wurde bei Dritten verarbeitet. Der Durchsatz des Müllheizkraftwerkes Ludwigshafen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 8.262 Tonnen auf 213.302 Tonnen zu. Es wurden ca. 6.300 Tonnen im Bereitstellungslager während der verkürzten Revisionsphase zwischengelagert. Das Bereitstellungslager wurde zügig nach Abschluss der Revisionsarbeiten geräumt und die Mengen in der Anlage mitverarbeitet. Aufgrund des erfolgreichen Stoffstrommanagements und der verkürzten Revisionsdauer konnte der Bedarf an Auslagerungskapazität geringer gehalten werden.

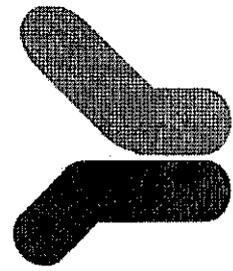


Für das Jahr 2007 erfolgte eine Absenkung des Preisniveaus, die zum einen durch die Verarbeitungsmenge in 2007 und zum anderen durch ein restriktives Kostenmanagement gegenüber der ursprünglichen Planmenge 2007 finanziert wurde.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft stellt sich zum Bilanzstichtag 31.12.2007 in den wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um (5,66 %) auf 33.976 T€ reduziert. Das Umlaufvermögen reduziert sich um 1.739 T€ auf 4.503 T€. Die liquiden Mittel sind im Vergleich zu 2006 (3.088 T€) um 2.295 T€ auf 793 T€ EUR gesunken. Demgegenüber sind die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände von 1.484 T€ auf 2.039 T€ (37,46 %) gestiegen. Auf der Passivseite erhöht sich das Eigenkapital um 987 T€ (12,66 %) auf 8.787 T€. Abgenommen haben die Verbindlichkeiten um 2.759 T€ (10,55 %) auf 23.401 T€. Bei den Rückstellungen ist eine Abnahme um (266 T€) auf 1.788 T€ festzustellen. Die Rückstellungen für noch ausstehende Rechnungen (712 T€) sowie für unterlassenen Instandhaltungen (250 T€) beinhalten die größten Positionen.

Die Umsatzerlöse gingen im Geschäftsjahr um 510 T€ (1,96 %) auf 25.473 T€ zurück. Die entsorgte Müllmenge stieg auf 213.302 Tonnen. Der Materialaufwand nahm um 152 T€ (0,92 %) auf 16.495 T€ zu, was u. a. auf höheren Instandhaltungskosten beruht. Insgesamt weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 987 T€ aus. Dieser Jahresüberschuss wird zur Einstellung in die Gewinnrücklage zur Erhöhung der Eigenkapitalquote vorgeschlagen. Die Auslastung der Anlagen und ihre Finanzierung ist auch für die Zukunft durch die kommunalen Abfallmengen gesichert, Abfälle von Dritten dienen allein der Ergebnisverbesserung. Teilweise übersteigt die Nachfrage die Verarbeitungsmöglichkeit.

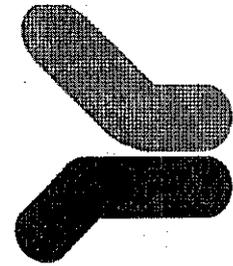


	2003	2004	2005	2006	2007	Dimension
Ertragslage						
Umsatz pro Mitarbeiter	1.551,2	1.513,5	1.847,7	1.730,9	1.819,5	T€
Personalaufwand pro Mitarbeiter	-53,8	-57,2	-55,4	-47,4	-55,3	T€
Betriebsergebnis pro Mitarbeiter	111,5	225,4	162,0	137,3	167,8	T€
Eigenkapitalrentabilität	1,1	0,9	1,4	11,4	11,2	%
Vermögensaufbau						
Anlagenintensität	89,6	88,5	86,2	82,6	86,7	%
Anlagenfinanzierung						
Anlagendeckung I	16,2	16,9	19,9	26,2	29,8	%
Kapitalausstattung						
Eigenkapitalquote	14,5	14,9	17,1	21,7	25,86	%
Liquidität						
Liquiditätsgrad I	2,2	0,0	77,8	99,9	14,2	%

5. Personalentwicklung

Kennzahl	2003	2004	2005	2006	2007	Dimension
Personal						
Mitarbeiter	14	14	13	13	13	Anzahl
Auszubildende	1	1	1	2	1	Anzahl

Am 31.12.2007 waren in der GML 13 Mitarbeiter beschäftigt. Eine Person befindet sich im Berichtsjahr in der Ausbildung. Die GML bildet über den eigenen Bedarf hinaus aus und wird ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit auch auf diesem Feld gerecht.



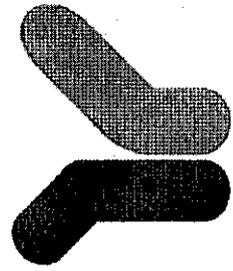
6. Ausblick und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Basis der Gesellschaft hat sich durch den Gesellschafter Alzey-Worms verbreitert. Damit ist die grundsätzliche Auslastung des Müllheizkraftwerkes Ludwigshafen als wirtschaftliches Rückgrat der Gesellschaft gegeben. Das Müllheizkraftwerk in Ludwigshafen wird kontinuierlich an die technische Entwicklung angepasst. Neue Projekte stabilisieren diesen Zustand. Die Anlage weist daher eine hohe Zuverlässigkeit und ein besonders geringes Emissionsverhalten auf. Der Standort nahe dem Zentrum der Stadt Ludwigshafen ist akzeptiert und bringt große Vorteile im Hinblick auf die Energienutzung durch ein Fernwärmenetz, das weiter ausgebaut wird. Zusätzlich sind durch die Technischen Werke Ludwigshafen AG weitere Projekte in Vorbereitung, die die Dampfnutzung ebenfalls in den Sommermonaten steigern.

Für das Biokompostwerk wurde ein zwei Stufen Konzept entwickelt, das die langfristige Nutzung der Anlage absichert und eine Anpassung an die Gewinnung von Biogas ermöglicht. In der ersten Stufe wird das bisher eingesetzte Dynacomp-System durch eine Rotteführung ersetzt, die auf der Materialbehandlung mit speziell ausgerüsteten Radladern basiert. Hierdurch wird die bisher eingesetzte sehr aufwendige und damit störanfällige Fördertechnik zu einem großen Teil entfallen. Die konsequente Vereinfachung ist ausgerichtet auf eine hohe Verfügbarkeit der Anlage durch die konsequente Einführung schneller und übersichtlicher Reparatur- und Wartungskonzepte. Als Konsequenz wird eine Steigerung der Produktqualität und eine Verbesserung des Emissionsverhaltens der Anlage erwartet. Diese 1. Stufe wird in den Jahren 2008 und 2009 umgesetzt werden.

In der zweiten Stufe ist geplant die Feuchtigkeit der Bioabfälle zu reduzieren und hierbei eine flüssige Phase zu erzeugen. Diese flüssige Fraktion enthält umfangreiche leicht biologisch abbaubare Substanzen und ist sehr gut für die Gewinnung von Biogas einsetzbar. Sie wird deshalb in Zusammenarbeit mit anderen Anlagen für die Energiegewinnung eingesetzt werden. Das Ausschleusen der nassen Fraktion aus dem Verarbeitungsprozess des Biokompostwerkes schafft in dieser Anlage Raum für die Kompostierung zusätzlicher Mengen.

Die konsequente satzungsgemäße Einstellung des Jahresüberschusses in die Rücklagen der Gesellschaft hat die Eigenkapitalquote schrittweise verbessert. Sie wird mit dem Abschluss des Jahres 2007 auf 25,86 % steigen. Damit ist die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft mittelfristig stabil.



7. Risiken der zukünftigen Entwicklung

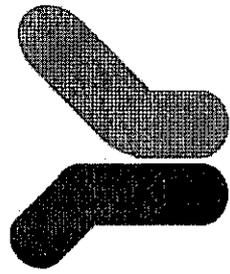
Die GML muss sich flexibel auf einem ständig wechselnden Abfallmarkt bewegen. Die Anpassung der Satzung der Gesellschaft an das rheinland-pfälzische Kommunalrecht setzt dem wirtschaftlichen Entscheidungsspielraum sehr enge Grenzen. Hier wird dem Aufsichtsrat der Gesellschaft eine große Verantwortung zufallen, die verbliebenen Freiräume effektiv zum Wohl der betroffenen Bürger und der Gesellschaft zu nutzen. Das Kommunalrecht wurde geschaffen für Tochtergesellschaften von Kommunen mit höchstens ein oder zwei Gesellschaftern.

Die Vielzahl der Gesellschafter der GML, die bisher immer hervorragend zusammengearbeitet haben, machen die neuen Entscheidungswege aufwendiger.

Langfristige Verträge und Strategien sichern die Entsorgung der bei der Verbrennung entstehenden Reststoffe - Schlacke und Filterstaub - ab. Hierbei konnte eine hohe Kostenstabilität erreicht werden. Investitionsprojekte in erheblichem Umfang wurden zur Verbesserung der Emissionen und zur Absicherung des Standes der Technik auf den Weg gebracht. Die Finanzierung ist allein über die kommunalen Abfallmengen gedeckt.

Forderungsausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsschwankungen sind derzeit nicht erkennbar. Mögliche kostenseitige Preisänderungsrisiken können in Grenzen im Rahmen des bestehenden Umlageverfahrens kompensiert werden.

Risiken können sich entwickeln, wenn der Zugriff der Kommunen auf die Abfälle der Restmülltonne eingeschränkt würde. Alle Abfallstrategien sowohl auf nationaler Ebene als auch von Seiten der EU lassen dies nicht erwarten. Die schlanke Struktur der Gesellschaft mit ihrem minimalen Verwaltungsaufwand hat sich trotz der erheblichen Arbeitsdichte bewährt. Durch die projektbezogene Hinzuschaltung externer Beratungskapazität können flexibel alle Aufgaben angegangen und bewältigt werden. Allerdings bewirkt die deutlich anziehende Konjunktur eine nennenswerte Steigerung der Kosten solcher Dienstleistungen. Noch gravierender wirkt sich die wirtschaftlich positive industrielle Entwicklung auf die Lieferzeiten von Ersatzteilen aus, die sich teilweise dramatisch verlängern. Hieraus müssen völlig neue Strategien für die Lagerhaltung entwickelt werden. Insgesamt scheint aber der günstige Preis den die Gesellschaft ihren Gesellschaftern und Kunden anbieten kann momentan nicht gefährdet.



Eine Studie zum technischen Zustand der Kesselanlage des Müllheizkraftwerkes weist aus, dass bei den beiden älteren Kesseln in einigen Jahren mit verstärktem Reparatur- und Wartungsaufwand zu rechnen ist. Beide Kessel haben bereits jetzt über 100.000 Betriebsstunden. Um die Verfügbarkeit der Anlage aufrecht zu erhalten, wird es notwendig sein, rechtzeitig einen Ersatzkessel zu installieren.

Hierfür kann nicht einer der alten Kessel abgerissen werden und an dieser Stelle ein neuer Kessel aufgebaut werden. Damit würden über einen langen Zeitraum nur zwei Kessel für den Betrieb zur Verfügung stehen, wobei zusätzlich einer jederzeit ebenfalls ausfallen könnte. Eine solche Kapazitätseinschränkung wäre mit massiven Entsorgungsschwierigkeiten verknüpft. Deshalb ist es erforderlich zuerst einen neuen Kessel in Betrieb zu nehmen bevor ggf. einer der alten Kessel stillgelegt wird. Diese Vorgehensweise muss sehr sorgfältig vorbereitet werden, da nur extrem begrenzter Platz zur Verfügung steht. Gleichzeitig ist eine auf die Anlieferungsmenge abgestimmte Terminplanung vorzunehmen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist der Kreis möglicher Anbieter sehr begrenzt und das Preisniveau aufgrund der großen Nachfrage unnatürlich hoch. Die Umsetzung eines solchen Projektes erfordert inklusive der Genehmigungsplanung und des Genehmigungsverfahrens mindestens einen Zeitraum von drei Jahren. Die Investition sollte abgeschlossen sein, bevor die Reparatur- und Wartungsaufwendungen der in die Jahre gekommenen Kessel zu massiv ansteigen.

Die Gesellschaft muss sich entsprechend auf die absehbaren hohen Investitionskosten vorbereiten und verhindern, dass diese einen Sprung bei den Verbrennungspreisen nach sich ziehen.

Ludwigshafen, den 14. März 2008

Dr. Wolf-Günther Druckenbrodt
Geschäftsführer

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

TEIL I

für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Rhein-Haardtbahn GmbH
Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gegründet Der derzeitige Gesellschaftsvertrag datiert vom	1911 30.01.1992
Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres	3.250.000,00 DM (\cong 1.661.698,61 €)
Veränderungen im Berichtsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	ist der Betrieb einer elektrischen Eisenbahn auf der Strecke Bad Dürkheim – Ludwigshafen- Oggersheim für Personen- und Stückgutbeförderung. Außerdem kann die Gesellschaft Omnibuslinienverkehr in ihrem Verkehrsbereich sowie Omnibusgelegenhetsverkehr betreiben.
	Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO

TEIL II

nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt: 1. Technische Werke Ludwigshafen am Rhein Aktiengesellschaft mit DM 1.755.000 = 54 % (\cong € 897.317,25) 2. Stadt Bad Dürkheim mit DM 325.000 = 10 % (\cong € 166.169,86) 3. Landkreis Bad Dürkheim mit DM 406.300 = 12,5 % (\cong € 207.737,89) 4. Rhein-Pfalz-Kreis mit DM 617.500 = 19 % (\cong € 315.722,74)
--	--

	<p>5. Verbandsgemeinde Maxdorf mit DM 65.000 = 2 % (≅ € 33.233,97)</p> <p>6. Verbandsgemeinde Wachenheim mit DM 34.800 = 1,07 % (≅ € 17.792,96)</p> <p>7. Ortsgemeinde Ellerstadt mit DM 34.800 = 1,07 % (≅ € 17.792,96)</p> <p>8. Ortsgemeinde Gönnheim mit DM 11.600 = 0,36 % (≅ € 5.930,99)</p>
--	--

<p>Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</p>	<p>• <u>Gesellschafterversammlung</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für den Aufsichtsrat Beigeordneter der Stadt Ludwigshafen Ernst Merkel 2. Für die Technischen Werke Ludwigshafen Vorstand Dr. Dieter Wagner (bis 30.06.2008) Vorstand Dr.-Ing. Gerhard Weissmüller 3. Für die Stadt Bad Dürkheim Bürgermeister Wolfgang Lutz oder Vertreter 4. Für den Landkreis Bad Dürkheim Landrätin Sabine Röhl oder Vertreter 5. Für den Landkreis Ludwigshafen Landrat Werner Schröter oder Vertreter 6. Für die Verbandsgemeinde Maxdorf Bürgermeister Eckhard Leyser oder Vertreter 7. Für die Verbandsgemeinde Wachenheim Bürgermeister Udo Kittelberger oder Vertreter 8. Für die Ortsgemeinde Ellerstadt Ortsbürgermeister Helmut Rentz oder Vertreter 9. Für die Ortsgemeinde Gönnheim Ortsbürgermeister Robert Blaul oder Vertreter
---	--

• der Aufsichtsrat

TWL

Ernst Merkel	Beigeordneter Stadt Ludwigshafen
Christian Beilmann	Student Stadt Ludwigshafen
Dr. Bernhard Braun	Landesabgeordneter
Heike Scharfenberger	Dipl. Soziologin Stadt Ludwigshafen
Manfred Schwarz	Dipl.-Ing. (FH) für Verfahrenstechnik Stadt Ludwigshafen
Anke Simon	Bankkauffrau Stadt Ludwigshafen

Stadt Bad Dürkheim

Wolfgang Lutz	Bürgermeister
---------------	---------------

Landkreis Bad Dürkheim

Sabine Röhl	Landrätin
-------------	-----------

Landkreis Ludwigshafen

Werner Schröter	Landrat
Hans-Walter Zöllner	Kreisabgeordneter

Verbandsgemeinde Maxdorf

Eckhard Leyser	Bürgermeister
----------------	---------------

Verbandsgemeinde Wachenheim
Ortsgemeinden Ellerstadt und Gönnheim

Helmut Rentz	Ortsbürgermeister
--------------	-------------------

Kennzahl	Berechnung	2007
1. Ertragslage		
a) Rentabilität		
• Eigenkapitalrentabilität	(Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	- 41,2 %
• [Gesamtkapitalrentabilität]	(Jahresergebnis + Fremdkapitalzinsen x 100) : Gesamtkapital	- 3,0 %
b) Umsatz pro Mitarbeiter	Umsatz : Anzahl der Mitarbeiter	109,8 T€
c) Cash-Flow		
• aus der laufenden Geschäftstätigkeit	Jahresfehlbetrag +/- Ab-/Zuschreibungen auf Anlagen, Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen, Auflösung Investitionszuschüsse, Rechnungsabgrenzungsposten, Pensionsrückstellungen, sonstige Rückstellungen, Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	- 1.937 T€
• aus der Investitionstätigkeit	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens + Investitionszuschüssen ./ Auszahlungen für Investitionen des Sach- bzw. Finanzanlagevermögens	- 548 T€
• aus der Finanzierungstätigkeit	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen ./ Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	1.609 T€
1. Vermögensaufbau		
• Anlagenintensität	(Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen	80,5 %
• Intensität des Umlaufvermögens	(Umlaufvermögen x 100) : Gesamtvermögen	19,5 %
2. Anlagenfinanzierung		
• Anlagendeckung I	(Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	30,0 %
• Anlagendeckung II	([Eigenkapital+langfr. Fremdkapital] x 100) : Anlagevermögen	122,6 %
3. Kapitalausstattung		
• Eigenkapitalquote	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	24,2 %
• Fremdkapitalquote	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	78,5 %
4. Liquidität		
• Liquiditätsgrad I	Liquide Mittel ./ kurzfristiges Fremdkapital	- 266,9 T€
• [Liquiditätsgrad III]	(Umlaufvermögen x 100) : mittel- und kurzfristiges Fremdkap.	90,09 %

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV GmbH), ein gemeinsames Verkehrsunternehmen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB), Verkehrsbetriebe Ludwigshafen GmbH (VBL), Rhein-Haardtbahn GmbH (RHB), MVV Verkehr AG und MVV OEG AG, hat am 1. März 2005 den operativen Betrieb aufgenommen und führt den Fahrbetrieb für die Muttergesellschaften aus. Die RHB ist mit einem Anteil von 2,42 % an der RNV GmbH beteiligt.

Mit der Gründung dieses städteübergreifenden Verkehrsunternehmens verfolgen die Gesellschafter das Ziel, in der „Metropolregion Rhein-Neckar“ den Bürgerinnen und Bürgern ein wettbewerbsfähiges und attraktives Verkehrsangebot anzubieten und gleichzeitig die Wettbewerbspositionen der einzelnen Verkehrsgesellschaften zu verbessern.

Im Geschäftsjahr 2007 weisen die Fahrgastzahlen einen Anstieg von 1,4 % auf. Insgesamt nutzten 2.441 tausend Fahrgäste die Bahnen der RHB. Zuwächse verzeichnen vor allem die zielgruppenorientierten Verbundnetzkarten (Job-Ticket +26,1 %, RheinNeckar-Ticket +27,2 %, Karte ab 60 +5,4 %). Im Ausbildungsverkehr weisen alle Fahrscheinarten hohe Steigerungsraten von 18 bis 49 % auf. Die Anzahl der schwerbehinderten Fahrgäste ging allerdings aufgrund der geringen Schwerbehindertenquote um -38,0 % deutlich zurück. Rückläufig war auch der Verkauf der Einzelfahrscheine (-6,0 %), der Mehrfahrtenkarten (-9,3 %) sowie des Tickets 24 Plus (-10,3 %) und der 3-Tages-Karte (-26,7 %).

Die Einnahmen aus Beförderungsleistungen betragen T€ 2.107 und bewegten sich somit auf Vorjahresniveau (T€ 2.102). Während die Einnahmen aus der Vermietung der Infrastruktur und der Fahrzeuge um insgesamt T€ 274 gegenüber dem Vorjahr stiegen, sind die Einnahmen aus der Personalüberlassung um T€ 130 gesunken. Die Gesamtleistung (Umsatzerlöse, aktivierte Eigenleistungen, sonstige betriebliche Erträge) betrug T€ 4.677 und lag damit T€ 82 über der des Vorjahres.

Die gesamten betrieblichen Aufwendungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um T€ 80 auf T€ 6.006 ab. Entgegen dem Materialaufwand, der neben den RHB-eigenen Unterhaltsaufwendungen das Betreiberentgelt Infrastruktur und das Entgelt Verkehrsleistungsvertrag enthält und um T€ 671 gestiegen ist, sanken der Personalaufwand (T€ - 557), die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (T€ - 171) und die Abschreibungen (T€ - 23).

Entsprechend den jeweils geltenden Tarifverträge erhielten die Mitarbeiter Einmalzahlungen zwischen 300 und 600 Euro. Gegenüber dem Vorjahr war im Jahresdurchschnitt ein Mitarbeiter weniger im Unternehmen beschäftigt.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

8. Die Geschäftsführer haben im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3) die **wirtschaftliche Lage des Unternehmens** beurteilt.
9. Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführer im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer **eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens** ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.
10. Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:
 - Anstieg der Beförderungszahlen in 2007.
 - Erhöhte Einnahmen aus der Vermietung von Infrastruktur und Fahrzeugen bei sinkenden Einnahmen aus Personalüberlassung (per Saldo Erhöhung von T€ 144).
 - Minderung der betrieblichen Aufwendungen um insgesamt ca. T€ 80
 - Verbesserung des Jahresergebnisses um ca. T€ 180
 - Darstellung der geplanten Investitionen, die mangels öffentlicher Zuschüsse vollständig durch die Gesellschaft zu tragen sind.
 - Darstellung der wesentlichen Eckdaten des Wirtschaftsplans 2008.
 - Keine Erwartung bestandsgefährdender Risiken aus
 - Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr,
 - Rückzahlung eines Barwertvorteils aus einem US-Leasinggeschäfts,
 - vollem oder teilweisen Untergang von rollendem Material und von Betriebsanlagen,
 - sonstigen wesentlichen bzw. nennenswerten Risikofaktoren.
 - Erwartung einer zukünftig verbesserten Wettbewerbsposition durch die in 2004 gegründete Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV).

17. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

Geschäftsjahr 2007

Teil 1
für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
-----------------------	-----------------------------

Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
------------	---

Gegründet am	21.12.1972
Der derzeitige Gesellschaftsvertrag datiert vom	12.06.2001

Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres	5.010.660,44 €
Veränderungen im Berichtsjahr	keine

Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs einschließlich der Errichtung des Betriebes, der Sicherung und der Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Einrichtungen.
---	--

Teil 2
nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:	
	Landkreis Bad Dürkheim	
	1.227.100,51 EUR	24,49%
	Stadt Bad Dürkheim	
	1.227.100,51 EUR	24,49%
	Land Rheinland-Pfalz	
	2.556.459,42 EUR	51,02%

<p>Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO) im Berichtsjahr 2007</p>	<p>Aufsichtsrat: Staatssekretär Herbert Laubach, Vorsitzender Ministerialrätin Beatrice Lerch stellv. Vorsitzende Regierungsrat Walter Greuloch Bürgermeister Wolfgang Lutz Landrätin Sabine Röhl</p> <p>Gesellschafterversammlung: Für das Land Rheinland-Pfalz: Michael Braum -MdF- Für die Stadt Bad Dürkheim: Peter Gauweiler, Amtsleiter Für den Landkreis Bad Dürkheim: Elke Thomas, Verwaltungsrätin</p> <p>Geschäftsführer: Oliver Kirschner bis 11.01.2008 Ulrich Bülow ab 12.01.2008</p>
<p>Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</p>	<p>Die Staatsbad GmbH ist an der Allgemeinen Kurmittelzentrum Betriebsgesellschaft mbH in Höhe von 12.935,68 EUR oder 50,6% des Stammkapitals beteiligt.</p>
<p>Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben</p>	<p>siehe Anlage: Lagebericht</p>
<p>Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>siehe Anlage: Lagebericht</p>
<p>Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>siehe Anlage: Lagebericht</p>
<p>Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>erfolgten im Berichtsjahr 2007 nicht</p>
<p>Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>keine</p>
<p>Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</p>	<p>Keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB</p>

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1 siehe Lagebericht
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2 Eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Landkreises durch das Unternehmen ist derzeit nicht abzusehen
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3 Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht

1. Rentabilität	
Eigenkapitalrentabilität	7,1%
Cash-Flow	952.285,51 €

2. Vermögensaufbau	
Anlagenintensität	52,97%
Intensität Umlaufvermögen	46,96%

3. Anlagenfinanzierung	
Anlagendeckung I	180,32%
Anlagendeckung II	180,32%

4. Kapitalausstattung	
Eigenkapitalquote	95,5%
Fremdkapitalquote	4,5%

5. Liquidität	
Liquiditätsgrad I	4.323.134,81 €
Liquiditätsgrad III	1530,54%